

Kann man mit der SED paktieren?

Grotewohl-Vorschläge weder akzeptabel noch neu

Kurz vor den Bundestagswahlen hat die SED eine neue Propaganda-Offensive gestartet: Mit dem Vorschlag, einen Staatenbund Sowjetzone-Bundesrepublik zu bilden, versuchte Grotewohl in den Wahlkampf einzusteigen. Informierte Beobachter erwarten, daß Chrustschow und Bulganin bei ihrem in Kürze erwarteten neuen Ostberlin-Besuch diesen Vorschlag unterstreichen und durch ähnliche internationale Thesen erhärten werden. Die SED-Presse kommentiert das Grotewohl-Anerbieten als sensationell und akzeptabel. Sie spekuliert dabei auf jene Kreise, die sich von Gesprächen mit der SED eine Entspannung erhoffen. Um so wichtiger ist es, sich mit den Thesen Grotewohls auseinanderzusetzen. Würde man sie nämlich akzeptieren, wäre die Wiedervereinigung ferner denn je.

Worauf basiert denn der Vorschlag Grotewohls? Die Bundesrepublik soll mit der Sowjetzone einen gemeinsamen Staatenbund, eine Art Konföderation, bilden, und sich mit der SED zu einer gemeinsamen Politik in folgenden drei Grundfragen verpflichten:

1. Beide Teile Deutschlands sollen auf die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen verzichten.
2. Die Bundesrepublik soll aus der NATO ausscheiden, dafür wird die Sowjetzone den Warschauer Militärpakt verlassen.
3. Die alliierten Truppen sollen die Bundesrepublik verlassen, dafür werden sich die Sowjets auf ihre durch Polen garantierten Auffangstellungen hinter der Oder-Neiße-Linie und an die bayerische CSR-Grenze zurückziehen.

Folgen nicht abzusehen

Was würde geschehen, wenn man auf diesen Vorschlag einging? In der Sowjetzone würden tatsächlich keine Atomwaffen gelagert werden. Da solche niemals in der Nähe eines „Angriffszieles“ stationiert werden, wären diese an ihren gegenwärtigen Aufbewahrungsorten, nämlich an der baltischen Küste und in Ungarn, weitgehend besser aufgehoben. Die Produktion von Atomwaffen entfele für die Sowjetzone, weil laut Warschauer Vertrag sämtliche Atom-

waffen für den Ostblock in der Sowjetunion, Raketenwaffen dagegen in der Tschechoslowakei hergestellt werden.

Wo aber sollte dann die atomungeschützte Bundesrepublik später ihre taktischen Atomwaffen aufbewahren? Wenn sie aus der NATO austreten würde, hätte weder Frankreich noch irgendein anderer europäischer Staat Verantwortung, sich mit Verteidigungssorgen für die Bundesrepublik zu belasten. Diese stünde dann den Waffen des Ostens hilflos gegenüber.

Ein Täuschungsmanöver

Die gefährlichste Illusion aber wäre es, anzunehmen, Pankow würde durch den formellen Austritt aus dem Warschauer Militärpakt seine dementsprechenden Bindungen verlieren. Derartige Täuschungsmanöver sind aus der Sowjetpolitik nur allzu gut bekannt. Dem Hitler-Stalin-Pakt zuliebe hat Moskau einmal seine weltumspannende „Komintern“ aufgelöst, der Versöhnung mit Tito opferte es sein „Kominform“ — die „Kommunistische Internationale“ aber hat keinen Tag und keine Stunde geruht! Verträge und Abkommen sind für den Weltkommunismus eine bürgerliche Fiktion. Wer möchte im Ernst daran zweifeln, daß im Falle irgendwelcher Auseinandersetzungen zwischen den beiden

deutschen „Konföderations-Staaten“ der gesamte Ostblock zugunsten Pankows eingreifen würde?

Die Sowjets hätten dann überhaupt keine Veranlassung mehr, die „Wiedervereinigung“ anzustreben. Für sie wäre es dann nur noch eine Frage der Zeit, bis sie auf dem Umweg über irgendeinen Modellfall wie den „Fall Tschechoslowakei“ den Kommunisten die Macht über ganz Deutschland in die Hände spielen könnte.

Gäbe es „Erleichterungen“?

Die Illusion, ein solcher Zustand könne „Erleichterungen“ für die Bewohner der Sowjetzone mit sich bringen, ist abwegiger denn je. Die Kommunisten hätten dann völlige Handlungsfreiheit in ihrem Bereich, sie brauchten ja gar keine Rücksicht mehr zu nehmen. Ihr einziges Trachten ginge dahin, die Bundesrepublik schrittweise vom Westen zu lösen, bis man sie eines Tages schlucken könnte. Was es heißt, mit den Kommunisten in solchen Fragen mit gutem Glauben an Verträge und Abmachungen zu paktieren, haben vor uns schon etliche andere Staaten erfahren.

So ist der Grotewohl-Vorschlag ein simples Störmanöver ohne geringste Neuigkeit oder Aktualität. Ihn anzunehmen, würde die Aufgabe der mühsam erkämpften Freiheit bedeuten. Würde bedeuten, die 18 Millionen Menschen der Sowjetzone an die Sowjets zu verschachern und die Bundesrepublik aus allen Bindungen zu lösen, die eines Tages der echten Wiedervereinigung in Freiheit zum Sieg verhelfen werden. Das einzig Sensationelle an Grotewohls Vorschlag wäre, wenn man ihn annehmen würde. Das nämlich würde den Selbstmord unserer Nation bedeuten.

Um die neuen Kandidaten

DT. Ein bekannter Politiker soll kürzlich erklärt haben, er halte lieber fähig von politischen Gegnern vollgepfropfte Wahlversammlungen ab als eine Delegiertentagung der eigenen Partei, auf der die Kandidaten für den nächsten Bundestag festgesetzt würden. Dieses offene Wort, das sicher für alle Parteien gilt, läßt tief blicken; es weist auf einen internen Spannungszustand hin, der zwar menschlich, aber doch peinlich ist: das ist der Wettbewerb einzelner Politiker und verschiedener Interessentengruppen um die sicheren Plätze auf der Kandidatenliste ihrer Partei. Aus diesem mit viel Streit und Ärger verbundenen Ausleseverfahren geht das neue Parlament hervor.

Alte Bekannte — neue Gesichter

Auch der neue Bundestag, der am 15. September zu wählen ist, wird in seinem personellen Bestand gegenüber dem Vorgänger starke Veränderungen zeigen. Neben den alten Bekannten, die in zwei Legislaturperioden bereits die Routiniers des neuen deutschen Parlamentarismus geworden sind, werden wir viele neue und sogar junge Gesichter sehen. Das ist nicht nur gut, sondern auch notwendig; es ist die eigentliche Erneuerung des Parlaments, die dem politischen Leben bedenkliche Kreislaufstörungen zu ersparen vermag. Diese hygienische Wirkung hängt indessen auch davon ab, mit welchen Vorstellungen und Zielen die Neuen und Jungen in die parlamentarische Laufbahn eintreten.

In dieser Beziehung sind in den letzten Jahrzehnten manche Wandlungen eingetreten. Noch im kaiserlichen Deutschland war die Regierung von dem Parlament völlig unabhängig. Die Minister gehörten ihm nicht an, und die Parlamentarier hatten keine Chance, Minister zu werden. Das war ein in der Verfassung begründeter undemokratischer Mangel. Das Parlament aber stand ebenso unabhängig auch der Regierung gegenüber. Das war die Zeit, in der das Parlament die Ausgaben

der Regierung bremste und nicht erhöhte, wie es leider heute der Fall ist. Das Parlament stand der Regierung wirklich als „die andere Gewalt“ gegenüber und war sich seiner Bedeutung durchaus bewußt, — auch der Würde, gegenüber der Bürokratie die Vertreter des Volkes zu sein.

Hier hat sich inzwischen manches geändert, teils zum Besseren und teils zum weniger Guten. In unserer parlamentarischen Demokratie sind Regierung und Regierungsmehrheit des Parlaments beinahe identisch. Das führt leicht zu einem Konformismus, der eigentlich unparlamentarisch ist, und es führt auch zu einer Minderung der gesunden Spannung, die zwischen Bürokratie und Parlament gemäß den verschiedenen Funktionen beider besteht. Das liegt nun einmal in der Natur der Dinge, ist aber nicht ganz befriedigend: weder die Art, wie die Regierungsmehrheit aus verständlicher Solidarität mit „ihrer“ Regierung die parlamentarischen Rechte bisweilen unvollkommen ausschöpft, noch die Unsachlichkeit, mit der die Opposition, sie handhabt. Die Neuen, die Jungen, die im Sinne der Routine noch „Unverdorbenen“ könnten hier die schöne Aufgabe haben, auf Besserung hinzuwirken und nicht selbst der Routine zu erliegen.

Parlament und Bürokratie

Sie sollten vor allem der Versuchung abschwören, Parlamentarier zu werden und dann in dieser Eigenschaft in irgendwelche Ämter der öffentlichen Verwaltung zu gelangen. Das Amt, das einigen von ihnen winkt — bei der Stabilität unserer Regierungsverhältnisse sind es allerdings nur wenige —, ist das des Ministers und anderer verhältnismäßig seltener Funktionen für die der Parlamentarier legitim berufen ist. Das ist völlig in Ordnung. Alles andere aber ist vom Übel. Über dieses Übel hat soeben Professor Eschenburg, der für seine schöpferische Kritik an der Unzulänglichkeit unserer staatlichen Personalpolitik bekannt ist, in der Hamburger „Zeit“ wieder einmal bewegliche Klage geführt. Wir empfehlen den kommenden jungen Parlamentariern deshalb einen rechten Sinn für die Größe und Würde der Volksvertretung, die in der

Rangfolge der Nation turmhoch über der bis zum Staatssekretär reichenden staatlichen Bürokratie jeder Art steht. Der Bürokratie gegenüber, die so mächtig gegenüber dem Staatsbürger geworden ist, im Namen des Volkes eine wirksame Kontrolle auszuüben: das sollte ein wirklicher Anreiz für parlamentarische Talente sein, die reich an Kenntnissen und den öffentlichen Aufgaben gegenüber auch in höchstem Maße redlich sind. Hier liegt die eigentliche Chance der Bewährung für jeden Parlamentarier, und sie wird ihm an jedem Tage neu gegeben. Wer dagegen als Abgeordneter die Lust verspürt, aus dieser echt parlamentarischen und wirklich wichtigen Aufgabe in die Funktion des beamteten Bürokraten hinüberzuwechseln, dazu noch von einer unsachlichen Ämterpatronage geschoben, der ist weder im Parlament, noch in der Verwaltung am rechten Platze; er sollte besser auf beides verzichten und dort bleiben, wo er heute ist.

Wir möchten jedenfalls, daß die neuen und jungen Abgeordneten, die demnächst zum ersten Male in den Bundestag gewählt werden, sich in dem hier dargelegten Sinne als echte Parlamentarier fühlen und bewahren und sich der Würde und der Pflichten bewußt sind, die mit ihrer Berufung verbunden sind. Wir empfehlen ihnen, daß sie sich nicht — etwa in dem trügerischen Gefühl, den politischen Marschallstab im Tornister zu tragen — gleich in das Gewühl der sogenannten großen Politik stürzen, sondern, daß sie sehr fleißig im kleinen arbeiten. Das ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß sie in dem unübersehbar gewordenen Arbeitsfeld des Parlaments, das zugleich das Spannungsfeld zwischen ihm und der Bürokratie ist, auch Meister werden. Nur so tragen sie zu einer wirklichen Erneuerung der parlamentarischen Aufgaben bei, weil sie nur dann in der Lage sind, gegenüber der wachsenden Allmacht des Staates im Namen des Volkes und seiner Rechte auch Wächter einer guten und sauberen Ordnung zu sein. In dieser wichtigsten Aufgabe des Parlaments hat sich nämlich bei allen Wandlungen unserer staatlichen Struktur nichts geändert.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Hilfe für Studenten

Bonn (DPA). Der Reservefonds von 4,2 Mill. DM aus Bundesmitteln für die allgemeine Studienförderung wird zum Ausgleich besonderer Härten zum 1. Dezember freigegeben werden. Dies ist das Ergebnis von Besprechungen zwischen dem Vorstand des Verbandes deutscher Studentenschaften und Vertretern des Bundesinnenministeriums. In Würdigung der besonderen Notlage Berlins soll bei nachgewiesenem Bedarf den Berliner Studenten ein höherer Anteil als anderen Bundesländern zugesprochen werden.

Paris stimmte für Europa

Paris. Mit 222 gegen 70 Stimmen hat der Rat der Republik das Gesetzwerk über die Europaverträge angenommen. In der Debatte unterstrich Pineau die Bedeutung der Abkommen für die Festigung der deutsch-französischen Freundschaft. „Die Verträge stellen“, so sagte der Außenminister, „die notwendige Gemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland auf dauerhafte Grundlagen und ermöglichen damit unlösbare Bindungen zwischen Deutschland und der westlichen Welt.“ Ähn-

Abrechnung mit dem Kommunismus

Djilas verfaßte ein vernichtendes Dokument

New York (AP/DPA). Der frühere jugoslawische Vizepräsident und ehemalige Freund Titos, Djilas, der im November 1956 in Jugoslawien zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat kurz vor seiner Festnahme ein Buch aus seinem Heimatland herausgeschmuggelt, in dem er den Untergang des Weltkommunismus voraussagt. Das Buch soll am 12. August in den USA erscheinen. In „Life“ wurde es das „vielleicht vernichtendste antikommunistische Dokument“ genannt, das je verfaßt wurde.

Djilas schreibt in seinem Buch u. a.: „Das Weltzentrum der kommunistischen Ideologie existiert nicht mehr. Es befindet sich in einem Prozeß völliger Auflösung. Die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung ist unheilbar geschädigt. Es liegen keine irgendwie gearteten sichtbaren Anzeichen dafür vor, daß sie wiederhergestellt werden könnte.“

Die kommunistische Wirtschaft, so fährt der frühere Vertraute Titos fort, sei die vielleicht verschwenderischste und kostspieligste in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Ein kommunistisches Regime sei „eine Form latenten Bürgerkriegs zwischen Regierung und Volk“. Der Machturst der Kommunisten sei un-

stillbar und führe zu Diktatur und Korruption. Die führende Schicht in den kommunistischen Ländern beute die Arbeiter aus. Macht oder Berufspolitikertum sei das Ideal jener, die den Wunch oder die Aussicht hätten, als Parasiten auf Kosten anderer zu leben.

Zusammen mit dem Manuskript soll Djilas eine Botschaft gesandt haben, in der er um möglichst rasche Veröffentlichung des Buches ohne Rücksicht auf alle Folgen ersucht, die für ihn daraus entstehen könnten. Tito dürfte diese Abhandlung seines einstigen Freundes besonders ungeliebt kommen, weil er sich gerade darum bemüht, die sowjetisch-jugoslawischen Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

Vatikan: Beziehungen unerwünscht

Sowjetische Bemühungen seien reine Propaganda

Vatikanstadt (AP). Mit scharfer Ablehnung hat der Vatikan auf eine Erklärung der sowjetischen Botschaft in Bonn reagiert, daß die Sowjetunion In-

teresse an Beziehungen zum Heiligen Stuhl habe. Eine solche Äußerung sei „reine Propaganda“. Eine Frankfurter Zeitung hatte aus Bonn berichtet, die sowjetische Regierung werde möglicherweise im kommenden Jahr versuchen, zu diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu gelangen, da der Papst ein Staatsoberhaupt mit großem Einfluß in der Welt sei.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten, so wurde von Vertretern des Vatikans nachdrücklich erklärt, sei an eine solche Vereinbarung nicht zu denken. Die Sowjetunion sei „Fahnenträger des wissenschaftlich organisierten Atheismus und das Zentrum der antireligiösen Verfolgung, die sich über einen großen Teil der Welt erstreckt“.

lich setzte sich Ministerpräsident Bourges-Maunoury für die deutsch-französische Annäherung als Voraussetzung jeder Zusammenarbeit in Europa ein.

Der Europa-Gedanke ist in Paris im Augenblick außerordentlich populär. Man trifft kaum jemanden, der sich nicht als „Europäer“ bezeichnet. Die Regierung hat jedoch noch eine dornenvolle Aufgabe vor sich: sie muß in der Wirtschaft kräftige Schnitte durchführen, um zu verhindern, daß die Verträge tote Buchstaben bleiben.

DIE BERLINER ERKLÄRUNG

Deutschlands Recht auf Einheit — Der Westen ist bereit, das

Nachstehend bringen wir Ihnen den Wortlaut der „12-Punkte-Erklärung“ zur Kenntnis, die Bundesaußenminister von Brentano und die Botschafter der drei Westmächte am Montag im Schöneberger Rathaus zu Berlin feierlich unterzeichnet haben. In dieser Erklärung wird erneut die außenpolitische Entscheidungsfreiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland gefordert, gleichzeitig jedoch betont, daß die Westmächte bei einem möglichen Beitritt Gesamtdeutschlands zur NATO bereit seien, im Rahmen eines Sicherheitssystems weitgehende Garantien an die Sowjetunion und die Ostblockstaaten zu geben, um das Sicherheitsbedürfnis der östlichen Länder zu befriedigen. Dies ist der Wortlaut der Erklärung:

Zwölf Jahre sind seit dem Ende des Krieges vergangen. Die Hoffnungen der Völker der Welt auf einen gerechten und dauerhaften Frieden haben sich jedoch nicht erfüllt. Einer der Hauptgründe dafür, daß es zu keiner Verständigung kam, ist die fortgesetzte Spaltung Deutschlands, die eine schwere Ungerechtigkeit dem deutschen Volk gegenüber und zugleich die Hauptquelle der internationalen Spannung in Europa ist.

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, die mit der Sowjetunion gemeinsam für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages verantwortlich sind,

und

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die als einzige Regierung für das ganze deutsche Volk zu sprechen berechtigt ist, wünschen ihre Auffassung von diesen Fragen, einschließlich der Frage der europäischen Sicherheit, darzulegen, und die Grundsätze zu erläutern, die ihre Politik in diesen Fragen bestimmen.

Freiheit als Grundlage

1. Eine europäische Friedensordnung muß auf Freiheit und Gerechtigkeit aufgebaut sein. Jede Nation hat das Recht, ihre eigene Lebensform frei zu bestimmen, ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System selbst zu wählen und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen anderer Nationen für ihre Sicherheit zu sorgen. Die Gerechtigkeit fordert, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben wird, seine nationale Einheit auf der Grundlage die-

ses Grundrechts wiederherzustellen.

2. Die Wiedervereinigung Deutschlands bleibt gemeinsame Verantwortlichkeit der vier Mächte, die 1945 die oberste Gewalt in Deutschland übernahmen, — eine Verantwortlichkeit, die in der Direktive der vier Regierungschefs in Genf im Juli 1955 erneut bekräftigt wurde. Gleichzeitig erfordert die deutsche Wiedervereinigung die aktive Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes, unter solchen Bedingungen, die die Freiheit seiner Willensäußerung gewährleisten.

3. Die unnatürliche Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin ist eine ständige Quelle internationaler Spannung. Solange Deutschland geteilt ist, kann es keinen Friedensvertrag mit Deutschland und keine Stabilität in Europa geben. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ist nicht nur eine elementare Forderung der Gerechtigkeit für das deutsche Volk, sie ist darüber hinaus die einzige gesunde Grundlage für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa.

4. Nur eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung kann im Namen eines wiedervereinigten Deutschlands Verpflichtungen übernehmen, die anderen Ländern Vertrauen einflößen und die vom deutschen Volk selbst als gerecht und für die Zukunft bindend angesehen werden.

5. Eine solche Regierung kann nur aus freien, in ganz Deutschland durchgeführten Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung hervorgehen.

Keine Diskriminierung

6. Ein wiedervereinigtes Deutschland darf nicht diskriminiert werden. Seine Freiheit und seine Sicherheit dürfen nicht durch eine auferlegte Neutralisierung oder Entmilitarisierung beeinträchtigt werden. Seine Regierung muß frei über seine Außenpolitik und seine internationalen Bindungen bestimmen können. Es muß das in der Satzung der Vereinten Nationen anerkannte Recht der Völker haben, sich an kollektiven Einrichtungen zur Selbstverteidigung zu beteiligen.

7. Die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands entsprechend dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen des deutschen Volkes bedeutet weder eine Bedrohung der Nachbarn Deutschlands noch eine Beeinträchtigung ihrer Sicherheit. Um trotzdem jeder Besorgnis zu begegnen, die anderen Regierungen in dieser Hinsicht haben könnten, sollten im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung Vorkehrungen getroffen werden, welche die berechtigten Sicherheitsinteressen aller beteiligten Staaten berücksichtigen. Aus dieser Erwägung schlugen die Westmächte auf der Genfer Außenministerkonferenz einen Zusicherungsvertrag für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands vor.

8. Die Westmächte haben nie verlangt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland der Organisation des Nordatlantikvertrages beitreten muß. Die Bevölkerung eines wiedervereinigten Deutschlands wird durch ihre frei gewählte Regierung selbst bestimmen können, ob sie an den Rechten und Pflichten dieses Vertrages teilhaben will.

9. Sollte sich die gesamtdeutsche Regierung in freier Entscheidung für den Beitritt zur NATO entschließen, so sind die Westmächte nach Konsultation der anderen Mitglieder dieser Organisation bereit, der Regierung der Sowjetunion und den Regierungen anderer Staaten Osteuropas, die einem euro-

DER DREI WESTMÄCHTE

sowjetische Sicherheitsbedürfnis zu berücksichtigen

päischen Sicherheitsabkommen beitreten, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bedeutsame und weitreichende Zusicherungen zu geben. Die Westmächte sind auch bereit, im Rahmen eines für beide Seiten annehmbaren europäischen Sicherheitsabkommens zu gewährleisten, daß sie im Falle des Beitritts eines wiedervereinigten Deutschlands zur NATO keine militärischen Vorteile aus dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte ziehen werden.

NATO unantastbar

10. Die Westmächte können jedoch nicht zugeben, daß der Bestand der NATO an sich zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht wird.

11. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit dem Abschluß von europäischen Sicherheitsvereinbarungen würde das Zustandekommen eines umfassenden Abrüstungsabkommens erleichtern. Umgekehrt könnten die Anfänge einer wirksamen Teilabrüstung dazu beitragen, noch offenstehende wichtige politische Probleme wie die Wiedervereinigung Deutschlands zu regeln. Einleitende Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung müssen zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen führen, das eine vorherige Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung voraussetzt. Die Westmächte werden keinem Abrüstungsabkommen beitreten, das der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege stehen würde.

Europa wird befragt

12. Alle Abrüstungsmaßnahmen, die auf Europa angewandt werden, müssen die Zustimmung der betroffenen europäischen Nationen erhalten und die Verknüpfung der europäischen Sicherheit mit der deutschen Wiedervereinigung berücksichtigen.

Die vier Regierungen halten an der Hoffnung fest, die Sowjetregierung werde zu der Einsicht gelangen, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, die derzeitige Teilung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Die Westmächte sind bereit, mit der Sowjetunion alle diese Fragen

zu jedem Zeitpunkt zu besprechen, der begründete Aussicht bietet, Fortschritte zu erzielen. Sobald dieser Zeitpunkt gekommen ist, wird es viele Punkte geben, die sich auf das Verfahren zur Wiedervereinigung und auf die Bestimmungen eines Zusicherungsvertrages beziehen und die in eingehenden Verhandlungen ausgearbeitet werden müssen. Bevor es zu ernstlichen Verhandlungen kommt, können die Westmächte ihre Auffassung zu allen Punkten nicht endgültig festlegen. Auch können sie nicht im voraus die Gewährung von Zugeständnissen erwägen, bei denen gegenwärtig nicht mit einem entspre-

chenden Entgegenkommen der sowjetischen Seite gerechnet werden kann. Wenn Verhandlungen erfolgreich sein sollen, müssen beide Seiten sie in einem Geiste der Verständigungsbereitschaft und der Beweglichkeit beginnen. Durch diese Erklärung möchten die Westmächte in voller Übereinstimmung mit der Bundesrepublik erneut ihren aufrichtigen Willen bekunden, mit der Sowjetunion zu verhandeln, mit dem Ziel, eine europäische Regelung zu erreichen und zu beweisen, daß das höchste Ziel ihrer Politik die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens ist."

Kernreaktoren nehmen Betrieb auf

Erste Uranlieferung aus den Vereinigten Staaten eingetroffen

Bonn. Mit der Ankunft der ersten Uranlieferung aus den Vereinigten Staaten wurde in diesen Tagen der Startschuß für die Inbetriebnahme der ersten Serie von Kernreaktoren im Bundesgebiet gegeben. Zunächst ist von Amerika auf dem Luftweg nur die verhältnismäßig geringe Menge von 1,8 Kilogramm angereichertem Uran geliefert worden. Die Menge ist für den Forschungsreaktor in Frankfurt-Rebstock bestimmt.

Wie in Bonn bekanntgegeben wurde, umfaßt das Programm für die Errichtung von Atommeilern in der Bundesrepublik zunächst folgende Vorhaben: Der Reaktor Frankfurt-Rebstock mit einer Leistung von 50 Kilowatt, München-Riem mit 1000 Kilowatt, Berlin mit 50 Kilowatt, Hamburg mit 5000 Kilowatt und der Großreaktor in Karlsruhe mit 10 000 bis 11 000 Kilowatt. Darüber hinaus hat das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk im Ausland einen Reaktor bestellt, der eine elektrische Leistung von 15 000 Kilowatt und eine thermische Leistung von 57 000 Kilowatt haben soll. Die Firma Krupp plant zusammen mit der Firma BBC einen eigenen Reaktor von 15 000 Kilowatt Leistung. Die Inbetriebnahme der ersten Kernreaktoren scheint durch die Auseinandersetzungen über das Bundesatomgesetz nicht gefährdet zu sein. In Bayern wird ein Landesatomgesetz in Kraft treten, und auch in Hessen wird eine landesrechtliche Regelung vorbereitet.

Trotzdem hat die Bundesregierung einen weiteren Versuch eingeleitet, doch noch eine bundesgesetzliche Regelung durch den jetzigen Bundestag zu erreichen. Sie hat dem Bundesrat den Entwurf eines Kurzgesetzes zugeleitet, das ihrer Ansicht nach auch ohne Ergänzung des Grundgesetzes verwirklicht werden kann. Ausgangspunkt des Gesetzes ist das Alliiertengesetz Nr. 22, das die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiete der Kernenergie verbietet. Nach dem neuen Bundesgesetz soll es möglich sein, von diesem allgemeinen Verbot für Zwecke der Forschung, Lehre und Entwicklung Befreiungen zu erteilen. Der Gesetzentwurf soll der Bundesregierung außerdem die Möglichkeit geben, eine Strahlenschutzverordnung zu erlassen. Es regelt ferner die Haftung für den Fall von Atomschäden. Das Gesetz, dessen wichtigste Bestandteile bis zum Ende des Jahres 1953 befristet sind, soll auch in Berlin gelten.

So sind sie wirklich:

Die Toten bleiben jung...

Es geschah dieser Tage in Ostberlin, daß sich zwei Menschen gegenübermaßen, die durch Jahre der Emigration und gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus nähergekommen waren. Beide waren Schriftsteller und dienten zeitlebens einer Partei: Walter Janka und Anna Seghers. Der Mann aber saß auf einer Anklagebank, bewacht von einem jungen SSD-Beamten, der zu jener Zeit gerade Hitlerjunge oder Flakhelfer gewesen sein mag. Die Frau schaute unbewegten Gesichts von der Zuschauertribüne zu ihrem Kameraden hinüber. Nicht eine Miene verzog sie, als das Urteil verkündet wurde: Fünf Jahre Zuchthaus! Fünf Jahre Zuchthaus für einen alten Kommunisten und Spanienkämpfer, der nichts weiter getan hatte, als nach dem Warschauer Oktober eine begrenzte Freiheit der Kritik wenigstens für die SED-Schriftsteller zu fordern! Anna Seghers, Stalin- und Nationalpreisträgerin, Millionärin mit Wochenendhaus auf der Krim, schaute zu und sprach kein Wort...

Die Suche nach Gerechtigkeit

Der Weg dieser Frau ist typisch für einen Teil der deutschen Intelligenz. Im Banne der Sozialkritik suchte sie nach der ewigen Gerechtigkeit und verlor sie dabei aus den Augen. Der Haß gegen Hitler trieb sie zu Stalin, ohne daß sie jemals begriff, wie sehr sie sich damit im Kreislauf der Dinge befand. Anna Seghers wurde am 19. November 1900 in Mainz geboren, ihr unverfälschtes Mainfränkisch hat sie sich über viele Jahre der Emigration bewahrt. Aus streng-bürgerlichem Hause, studierte sie in Heidelberg Geschichte, Kunstgeschichte und Sinologie. 1922 promovierte sie zum Doktor der Philosophie. Erste Auslandsreisen brachten sie mit der Sowjetunion in Berührung. 1928 kam der Kleist-Preis für die Novelle „Der Aufstand der Fischer in St. Barbara“.

1929, auf dem Schriftstellerkongreß in Charkow, verschiebte sie sich unter dem Eindruck der politischen Krise ihrer Heimat

ANNA SEGHERS



Stalin und den deutschen Kommunisten. Die Furcht vor der braunen Diktatur trieb sie in die Arme des roten Diktators. Die Suche nach Gerechtigkeit endete, ehe sie richtig begann.

Die Emigranten

1933 emigrierte sie nach Prag und Paris. Unter dem Eindruck dieser Zeit entstanden Meisterwerke der Emigrationsliteratur: „Das Siebte Kreuz“, „Transit“, „Die Rettung“. In Prag gab sie mit Freunden die „Neuen Deutschen Blätter“ heraus, die jedoch rasch zu unwendigen Informationsblättern der Komintern-Leitung wurden. 1937 entsandte Stalin selbst diese Frau nach Madrid, zum „Republikanischen Schriftstellerkongreß“. Hier traf sie mit Janka zusammen, der damals in den „Internationalen Brigaden“ kämpfte. Tiefe Freundschaft verband sie mit diesem Mann, den sie in zahlreichen Artikeln als aufrechten Antifaschisten feierte.

1941 übersiedelte Anne Seghers von Südfrankreich nach Mexiko. Das in „Transit“ geschilderte Emigranten-Elend hat sie nie erlebt. Ihre Schiffspassage wurde von den Komintern gebucht. Zusammen mit Paul Merker, der jetzt alt und müde neben ihr auf der Zuschauer-

tribüne saß, gab sie in Mexiko das „Schwarzbuch gegen den Naziterror in Europa“, ein heute von der SED verbotenes Buch, heraus. Erst 1947 kehrte sie nach Deutschland zurück, gefeiert und in Millionenaufgaben gedruckt.

Sprache gewonnen, Herz verloren

Bald sagten ihre Freunde und Emigrationskameraden: „Sie hat gegen Hitler die Sprache gewonnen und das Herz verloren!“ Eine verhärtete, weltfremde Frau kam in die Heimat zurück. Nur die gelegentlich bis vor die Tür ihres Adlershofer Heims dringenden Reporter vermögen ihre „Warmherzigkeit“ zu preisen, weil sie sonst nichts über diese Frau erfahren. Bücher entstanden, die nichts mehr von jener menschlichen Größe spüren ließen, die den Leser noch heute zuweilen nach dem „Siebten Kreuz“ greifen läßt. Stalin hat diese Frau auf dem Gewissen, sie aber war für Stalin bereit, ihre Freunde und Kampfgefährten zu verraten. Nicht eine Zeile hat sie denen gewidmet, die unter Stalin in die Kerker gingen, namhafte Schriftstellerkollegen, Freunde waren darunter.

Anna Seghers hat in einem Buch — „Die Toten bleiben jung“ — von jenem Geist gesprochen, der die Diktaturen überdauert. Sie ist alt geworden, aber die Toten — die sie mitleidlos sterben sah, sind jung geblieben. Sie stehen als düstere Schatten über ihrem Werk. Janka war kein Demokrat, er war ein unerbittlicher Kommunist. Aber sie sah ihn ins Zuchthaus gehen wie eine unerpübliche Stalinistin...

„Denkt an die Häftlinge“

Berlin (DPA). Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus hat an die deutsche Verhandlungsdelegation in Moskau appelliert, bei den Rapatriierungsgesprächen auch das Schicksal der von sowjetischen Militärtribunalen in der Sowjetzone verurteilten Deutschen zur Debatte zu stellen.

Ost-Studenten „vor Kohle“ und auf „Wahlreise“ in der Bundesrepublik“

Zehntausende sowjetzonaler Studenten und Oberschüler arbeiten in diesen Tagen auf den Feldern „Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften“, in Braunkohlenbergwerken und schwerindustriellen Staatsbetrieben, weil ihnen SED und FDJ ihre Urlaubspläne zerschlugen. Jene, von denen bekannt wurde, daß sie ursprünglich sogar in die Bundesrepublik reisen wollten, bekamen die schwersten Arbeiten zudiktiert. Zur gleichen Zeit bereisen etwa 2000 sowjetzonale Studenten und Oberschüler die Bundesrepublik, mit Freifahrkarten und reichlich bemessenen Spesen in DM West. In westdeutschen Luxus-zügen witzeln sie über ihre Kommilitonen und Klassenkameraden, die unterdessen Rüben hacken oder nach Braunkohle graben dürfen.

Was aber unterscheidet jene von denen, deren Urlaubspläne durch Parteibefehl zerschlagen wurden? Sie sind auf „Wahlreise“ für die SED! Die zuverlässigsten FDJ- und SED-Mitglieder fahren seit zwei Wochen in Gruppen in die Bundesrepublik, um allerorts als „harmlose Touristen“ für die Kommunisten zu agitieren. Sie weisen sich als „parteilose Studenten aus der DDR“ aus und dementieren energisch alle „Behauptungen“, wonach es eine Ausreiseperrre für Studenten und Oberschüler gebe. Die zur Zwangsarbeit abkommandierten Kommilitonen werden von ihnen als „Freiwillige“ bezeichnet, die sich während der Ferien „eben ein schönes Stück Geld verdienen möchten“.

Wer traf die Auswahl?

Die Auswahl dieser getarnten SED-Agitatoren trafen die FDJ-Hochschulleitungen auf Grund ihrer Erfahrungen während der schweren ideologischen Auseinandersetzungen an den Hochschulen und Universitäten. Die für den „Wahleinsatz“ nominierten und vom Arbeitsdienst freigestellten FDJler wurden verpflichtet, ihren „vor Kohle“ gegangenen Kommilitonen nichts über die Westreisen zu berichten. Sie sollten bei Semesterbeginn vielmehr erklären, sie hätten ihren Urlaub irgendwo bei Verwandten in der Zone verbracht. Einige wurden, um ihren Einsatz zu tarnen, sogar nominell für die Arbeit in irgendeinem kleineren VEB abkommandiert. Sie werden nach den Ferien gewiß von ihrer „harten Arbeit“ berichten.

Die Aufgabe der „Wahlreisenden“ ist eindeutig und eng begrenzt: Sie sollen Kontakt mit westdeutschen Studenten und

Jugendverbänden nehmen, mit möglichst viel harmlosen und weniger harmlosen Leuten diskutieren, im Wahlkampf zur Sprache kommende Tatsachen über die Sowjetzone zu widerlegen versuchen, und westdeutsche Jugendliche, die ihnen „ansprechbar“ erscheinen, in die Sowjetzone einladen.

Damit keiner auf den Gedanken kommt, sich mit den reichlich bemessenen Spesengeldern auf Abwege zu begeben, haben die Veranstalter jeder Gruppe

Girnus bestätigt Reisezweck

Pro Mann werden für eine dreiwöchige „Wahlreise“ durchschnittlich 800 bis 1200 DM West einkalkuliert. Die Tagesspesen sind — je nach Art des Einsatzes — unterschiedlich bemessen, liegen aber in keinem Fall unter 15 DM West, ohne Hotelkosten! Fahrgelder werden gesondert gezahlt. Im Raum Bonn wurden vergangene Woche bereits mehrere derartige Gruppen beobachtet, die mit westdeutschen Studenten Führung aufzunehmen versuchten. Wer an der Art des Auftrages zweifelt, kann es sich von SED-Staatssekretär Dr. Wilhelm Girnus bestätigen lassen: „Westreisen sind für alle Studenten, Schüler und Lehrer in diesem Jahr strikt untersagt! Ausnahmen werden nur bei Reisen im Interesse der Propaganda für den Frieden und die Völkerverständigung gemacht!“ Was die SED unter derartiger Propaganda versteht, ist hinlänglich bekannt.

Während also die überwiegende Mehrheit der Studenten und Schüler strafweise in den Ernte- oder Industrie-Einsatz

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

zwei bis drei Aufpasser beigeordnet, die auf Erfüllung des Agitationsauftrages achten. Schließlich sind die Kosten dieser Aktion nicht unerheblich.

geschickt werden mußte, reisen ihre „ideologisch gefestigten“ Kommilitonen munter durch die Bundesrepublik. Die Fahrt zu Verwandten in Hannover oder Düsseldorf wäre ein Staatsverbrechen gewesen, wie Girnus definierte. Die Agitationsfahrt nach Bonn oder Hamburg ist eine Reise „im Interesse des Friedens“. Dafür also wurden langersehnte Urlaubs- und Ferienpläne zerschlagen, Schaulprozesse und Pressekonferenzen gegen „akademische Agenten“ inszeniert. Zweckmeldungen über angebliche „Abwerbungen zur Fremdenlegion“ und ähnliche Ammenmärchen mehr verbreitet. Die SED versuchte lediglich den „Wahleinsatz“ der ihr als zuverlässig erscheinenden FDJ-Studenten zu tarnen. Wie peinlich wäre es gewesen, wenn die in Düsseldorf auf Verwandtenbesuch weilende Ost-Student eines Tages von einem anderen Kommilitonen einer Leipziger Hochschule über die Zustände in der Sowjetzone „aufgeklärt“ worden wäre! Den Agitationsfahrern hätten Tausende echter und glaubwürdiger Zeugen gegenüberstanden.



BILDER DER WOCHE: Oben. Im Rathaus Schöneberg. Bundesaußenminister Heinrich von Brentano bei der Verlesung der „Berliner Erklärung“. Neben ihm von links nach rechts: die Botschafter David K. Bruce (USA), Couve de Murville (Frankreich) und Sir Christopher Steel (Großbritannien). Unten: Tausend Panzerabwehrraketen vom Typ SS 10 hat die Bundeswehr in Frankreich bestellt. Unser Foto zeigt eine SS 10 in Stellung (links) mit dem Leitschützen (rechts), der die Rakete mit einem kleinen, nach allen Seiten beweglichen Steuerknüppel fernlenkt. Im Hintergrund eine Rakete, die gerade gestartet ist.

